

Vieles ist bereits gesagt. Ich versuche, möglichst die Aussagen meiner Vorredner nicht zu wiederholen.

Leider kann bei den jetzt vorgelegten Zahlen eine dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt nicht angenommen werden. Auch die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ist nicht ausgeglichen. Die kommunalen Einnahmen steigen in den kommenden Jahren trotz abgesenkter Wachstumsaussichten stärker als bisher von den kommunalen Spitzenverbände erwartet werden konnte. Überschüsse für die Kommunen sind dennoch nicht zu erwarten. Denn die Ausgaben steigen inflationsbedingt noch stärker und reguläre Zuweisungen an die Kommunen halten nicht in gleichem Maße Schritt. Allerdings ist zu beachten, dass die dauernde Leistungsfähigkeit in den Jahren vor der Corona-Pandemie gegeben war. Hoffen wir also auf ein Ende dieser Pandemie und ein baldiges Ende des Ukraine-Krieges zusammen mit den steigenden Energiekosten.

Robert Habeck ist leider der erste deutsche Wirtschaftsminister unter dem die deutsche Wirtschaft ihre Bedeutung verliert. Mit den hohen Steuern und den horrenden Energiepreisen ist unser Standort von Tag zu Tag weniger konkurrenzfähig. Firmen gehen pleite oder ins Ausland. In diesem Zusammenhang möchte ich auf unser vorgesehene Gewerbegebiet

Soltau Ost IV hinweisen. Benötigen wir bei dieser Entwicklung wirklich so ein großflächiges Gewerbe- und Industriegebiet. Das hierbei Dramatische ist die außergewöhnlich große Abholzung von Fichten- und Kieferbeständen (ca. 150 ha) und die Zerschlagung des bestehenden Campingplatzes mit den dort lebenden Dauerbewohnern. Vielleicht sollte man das langfristige Vorhaben nochmal genauer überdenken. Ein Hinweis zum Aufwuchs und Aufforstung für diesen Wald noch: es gibt z. Z. zur Unterstützung Klimaresilienz Wald ein Sonderprogramm zum Erhalt, die Entwicklung und die Bewirtschaftung von Waldflächen.

Unsere Investitionen im Schul- und Kitabereich sind trotz der gestiegenen Baupreise, der Planungsunsicherheiten infolge der aktuellen Krisen richtig und wichtig. Die Nachfrage ist bei uns stark durch die Zahl der Geburten und Zuzüge junger Familien wie vermehrt auch durch geflüchtete Ukraine-Kinder bestimmt. Hier heben wir uns vorbildlich von der KfW-Studie, die ein Investitionsstau bei Deutschland Kitas von 10,5 Milliarden Euro sieht, ab. Hierbei möchte ich aber auch den vor kurzem verabschiedeten Nachtragshaushalt der niedersächsischen Landesregierung erwähnen. Es ist eine Pauschalzuweisung für Schulen und Kitas der nds. Kommunen vorgesehen. Neben der vereinbarten

Landkreisbezuschussung eine gute Nachricht für Soltau. Auch soll es eine Unterstützung der flüchtlingsbezogenen Kosten für 2022 geben. Hilfen sind auch im Nds. Sportfördergesetz vorgesehen. Hier evtl. für die großen Maßnahmen an unseren Sportstätten. Der von uns vorgeschlagene Badeteich fiel mir heute morgen ein als ich die Zeilen über die Sanierung des Naturschwimmbades Hahnenbachtal in Neuenkirchen las. Wir sollten dies nicht aus den Augen verlieren.

Für prekär halte ich, dass die Kommunen immer öfter auf Förderprogramme angewiesen sind. Nötig wäre aber eine Stärkung der eigenen Finanzkraft, denn wie gut eine Stadt oder Gemeinschaft wirtschaftet, ist immer weniger relevant. Wir sollten also fordern, dass die Förderprogramme durch eine allgemeine Finanzausweisung ersetzt werden. Wir müssen die Aufgaben aus eigenen Mitteln finanzieren können-dauerhaft. Die kommunale Investitionskraft kann besser im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs oder über eine verbesserte Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen gestärkt werden als über die vielen Sonder- und Förderprogramme als Bürokratiemonster. Zielführend wäre die kommunal relevanten Förderprogramme zusammen zu fassen und durch eine allgemeine Finanzausweisung an die

Kommunen zu ersetzen (z. B. über das Umsatzsteueraufkommen / dafür sollte ein Kommunal Anteil definiert werden, der stärker an Kriterien wie Einwohnerzahl, Sozialausgaben und der Relation Gebietsfläche / Einwohnerzahl ausgerichtet wird). Ein Hinweis noch zu den Sozialaufwendungen. Bei den doch immer höheren Aufwendungen in diesem Bereich sollten wir auch mal an eine sogenannte Zeitenwende denken, wenn wir wirtschaftlich weiterhin bestehen wollen.

Wichtig für uns auch die Finanzierung des ÖPNV mit ausgebauten Bahnstrecken zu den Metropolen in der Lüneburger Heide einschließlich eines guten Radwegeausbaus. Hier stellte unsere Kreistagsfraktion im April letzten Jahres einen Antrag zur Reaktivierung von Bahnstrecken im Heidekreis. In der Sache unterstützt dies lt. heutigem Presseartikel auch die SPD-Kreistagsfraktion. Es scheint Bewegung in dieses Thema zu kommen. Oberste Priorität hat für uns das Thema Wegfall der Straßenausbaubeiträge, dass wir in den vergangenen 5 Jahren mit diversen verschiedenen Anträgen vehement gefordert haben. In ihrer Klausurtagung hat die SPD jetzt angekündigt, die Straßenausbaubeitragssatzung leider beibehalten zu wollen. Als Bonbon hierfür: Zur kleinen finanziellen Entlastung der Betroffenen soll lt. SPD demnächst ein

Antrag zur Fördermittelverwendung gestellt werden, d.h., dass sich diese auch auf den Kostenanteil der Anlieger und nicht mehr wie bisher allein nur bei der Stadt auswirken sollen. Ein Hinweis an die SPD hierzu, so einen Antrag hatten wir bereits am 11.07.2020 gestellt, der leider u. a. auch durch die SPD abgelehnt wurde. Na ja, irgendwann kommt auch hier die Einsicht. Nach dem kürzlichen Signal der CDU zur Abschaffung der Straßenausbeitragssatzung scheint das Thema noch in diesem Jahr zu dem von uns geforderten Ende zu kommen. Eine erforderliche Gegenfinanzierung sollte aus Landesmitteln erfolgen, wie auch unsere jetzige starke AfD-Fraktion im Landtag Hannover fordert.

Bei der Gesundheitsversorgung in unserer Stadt sehe ich uns als vom Landkreis stark benachteiligt an. Es ärgert mich jedes Mal, wenn ich zum Einkaufen per Fahrrad über den Parkplatz des HKK am Oeninger Weg fahre und dann die sehr hohe Frequentierung dieses Hauses sehe, das ja bald Vergangenheit ist und dies bei dem höheren Steuermessbetrag für Kreisumlage 2022 – 2023. Von dem Mehr des Landkreises in Höhe von 13,5 Mio. Euro entfällt allein auf Soltau ein Anteil von 2,5 Mio. Euro. Dann folgen Schneverdingen und erst an dritter Stelle die größte Heidekreiskommune Walsrode mit ca. 1,8 Mio. Euro. Nachdenklich stimmt

an den Bürgermeister und der Verwaltung für die vertrauensvolle und zielführende Zusammenarbeit.  
Vielen Dank.

AfD-Stadtratsfraktion Soltau

Vorsitzender Bernhard Schielke